



Schleswig-Holstein.

Industrieland. Mittelstandsland. Zukunftsland.

**Leitantrag des Landesvorstandes zum Landesausschuss
der CDU Schleswig-Holstein**

22.05.2024 | Kiel

1	EINLEITUNG	1
2	SCHLESWIG-HOLSTEIN. INDUSTRIELAND.	2
3	Unternehmen brauchen ausreichend Flächen und Entwicklungsmöglichkeiten.....	2
4	Unternehmen brauchen kurze Wege und Planungssicherheit	3
5	Eine starke wehrtechnische Industrie für ein sicheres Schleswig-Holstein,	
6	Deutschland und Europa	3
7	Erneuerbare Energie als Wettbewerbsvorteil.....	4
8	SCHLESWIG-HOLSTEIN. MITTELSTANDSLAND.	5
9	Produktion rauf, Bürokratie runter.....	6
10	Ausbilden, um Fachkräftepotential bestmöglich zu nutzen	7
11	Erfolgreiche Unternehmensnachfolgen für eine gesunde Wirtschaft	8
12	Gründungsland	8
13	SCHLESWIG-HOLSTEIN. ZUKUNFTSLAND.	9
14	Welcome – und ab zur Arbeit!	9
15	Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland	10
16	Inländisches Potenzial heben	12
17	Infrastruktur – auf der Straße, auf der Schiene, auf dem Wasser.....	13
18	Digitale Vorreiterregion und digitale Wirtschaft.....	15
19		
20		
21		
22		
23		
24		
25		
26		

27 **EINLEITUNG**

28 Global betrachtet befinden wir uns nach schwierigen Jahren für die Weltwirtschaft wieder
29 in einer Phase des Aufschwungs. Doch im internationalen Vergleich der Industrieländer
30 gehört Deutschland zu den wachstumsschwächsten Staaten. Die lange sicher geglaubte
31 Gasversorgung der deutschen Wirtschaft aus Russland wurde in Folge des russischen An-
32 griffskrieges auf die Ukraine gekappt und ließ die Energiepreise zeitweise in nie gekannte
33 Höhen schießen. Längere Produktionsstillstände und inflationsbedingte Kaufkraftverluste
34 waren die Folge und wirken sich noch immer aus.

35
36 Die aktuelle Bundesregierung hat es versäumt, Deutschland schwungvoll wieder auf die
37 Überholspur zu führen und lässt die deutsche Wirtschaft im Stich. Sie hat es weder ver-
38 mocht, Entlastungen beim Strompreis insbesondere für Unternehmen, die im internatio-
39 nalen Wettbewerb stehen, zu schaffen, noch eine grundlegende Reform der staatlich indu-
40 zierten Preisbestandteile im Energiesektor anzugehen.

41
42 Daneben fehlt es der deutschen Wirtschaft an der Luft zum Atmen und Investieren. Zwar
43 war das Wachstumschancengesetz ein wichtiger Schritt, um die Unternehmen mit Steu-
44 erentlastungen und Maßnahmen zum Bürokratieabbau pro Jahr um 3,2 Milliarden Euro zu
45 entlasten. Gerade bei den Bürokratiekosten, die aufgrund von Berichtspflichten oder lan-
46 gen Planungs- und Genehmigungsverfahren anfallen, muss aber noch deutlich mehr pas-
47 sieren. Verabredungen, die der Bund mit den Ländern getroffen hat, wie beim Pakt für Pla-
48 nungs- und Genehmigungsbeschleunigung, müssen schneller und verbindlich umgesetzt
49 werden. Es braucht hier echte und spürbare Entlastungen der Unternehmen und eine neue
50 Denkweise.

51
52 In Schleswig-Holstein leben wir ein anderes politisches Vorgehen und Miteinander: Ge-
53 meinsam Initiativen entwickeln und Lösungen in der Koalition über Parteigrenzen hinweg
54 finden. Wir als Union bekennen uns zu den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft, wol-
55 len die Energiewende ideologiefrei gestalten und damit langfristig eine klimafreundliche,
56 bezahlbare und sichere Energieversorgung gewährleisten. Schleswig-Holstein ist ein Land,
57 in dem die Menschen gerne leben und kreative Ideen entwickeln: Nicht umsonst sind wir
58 seit Jahren die glücklichsten Menschen in Deutschland. Eine gelebte Leistungskultur ist
59 auch ein wichtiger Baustein für unseren gemeinsamen Erfolg. Verantwortung und Engage-
60 ment des einzelnen Menschen gilt es zu fördern und anzuerkennen. Die Menschen wün-
61 schen sich gelebte Solidarität, parallel aber muss der politische und gesellschaftliche Res-
62 pekt vor Engagement, Fleiß und Tatkraft erhalten bleiben. Mehr Anerkennung und mehr
63 Lohn für Leistung, das ist das Ziel unserer Politik, denn Erfolg muss Spaß machen.

64
65 Als CDU Schleswig-Holstein arbeiten wir jeden Tag an einem Land, in dem die Menschen
66 gerne leben, arbeiten, Urlaub machen. Wir sind überzeugt: Schleswig-Holstein kann In-
67 dustrieland. Schleswig-Holstein ist Mittelstandsland. Schleswig-Holstein wird Zukunfts-
68 land. Schleswig-Holstein ist Digitalland.

69
70

71 **SCHLESWIG-HOLSTEIN. INDUSTRIELAND.**

72 Schleswig-Holstein soll erstes klimaneutrales Industrieland werden. Wir sind auf dem
73 Weg, das Ziel bis 2040 zu erreichen. Mit unserer Erneuerbaren Energie sind wir hochat-
74 traktiver Standort für Unternehmen aus aller Welt. Die Ansiedlung von Northvolt zeigt, wel-
75 che Kraft in uns steckt und was wir erreichen können, wenn Region, Land und Bund zu-
76 sammen an diesem Ziel arbeiten. Dieser Ansiedlung werden viele weitere folgen. Ziel ist es,
77 die Wertschöpfung im Land zu steigern. Wir wollen gute Arbeitsplätze und produzierendes
78 Gewerbe ansiedeln, von dem auch unser Mittelstand durch Aufträge profitiert. Im Vergleich
79 erreicht Schleswig-Holstein beim Bruttoinlandsprodukt je Einwohner nur Rang 11 und
80 liegt unter dem Bundesschnitt. Durch die Ansiedlung Northvolts und weiterer großer Un-
81 ternehmen kann in Schleswig-Holstein auch die Quote der Unternehmensausgaben für
82 Forschung und Entwicklung (FuE) deutlich steigen. Besonders bei einem Mix von großen
83 und mittelständischen Unternehmen kann sich ein aktives Innovationsklima gut entwi-
84 ckeln. Je höher die FuE-Ausgaben in einem Land, desto höher steigt das Bruttoinlandspro-
85 dukt (BIP). Wir wollen alles dafür tun, Schleswig-Holstein zum klimaneutralen Industrie-
86 land weiterzuentwickeln. Dafür sind einige Faktoren entscheidend:

87

88 **Unternehmen brauchen ausreichend Flächen und Entwicklungsmöglichkeiten**

89 Im Landesentwicklungsplan und den Regionalplänen muss ausreichend Raum für eine
90 schnelle Entwicklung in den kommenden Jahren geschaffen werden. Dafür bedarf es Fle-
91 xibilität innerhalb der Pläne. Interkommunale Gewerbegebiete bieten große Chancen für
92 die Gemeinden und müssen genutzt werden. Flächen von landespolitischem Interesse
93 müssen gesichert und entwickelt werden, um schnell auf Anfragen für Ansiedlungen rea-
94 gieren zu können. Gleichzeitig wissen wir: Entwicklungsachsen befinden sich nicht nur an
95 Straßen. Wir werden in den kommenden Jahren eine Entwicklung hin zu Ansiedlungen an
96 der Netzinfrastruktur sehen. Diese muss ebenfalls als Entwicklungsachse betrachtet wer-
97 den. Wir werden planerisch dabei unterstützen, energieintensives Gewerbe und Industrie
98 dort anzusiedeln, wo die Energie am besten genutzt werden kann. Dabei gilt auch, dass
99 Wirtschaftsförderungen, Gemeinden und Kreise in die Lage versetzt werden müssen, auch
100 langfristig zu planen und Flächen zu entwickeln. Dafür brauchen diese Akteure eine Risi-
101 koabsicherung, falls sich Flächen anders entwickeln als erwartet. Mit dem Entwicklungs-
102 fonds des Landes sorgen wir für eine Absicherung, falls Flächen zu niedrigeren Preisen
103 weiterverkauft werden müssen und geben die Möglichkeit, Darlehen in ausreichender
104 Höhe aufnehmen zu können.

105

106

107 *Wir fordern:*

- 108 • Entwicklungsmöglichkeiten und Flexibilität im Landesentwicklungsplan und den
109 Regionalplänen
- 110 • Langfristige Planungen und Entwicklung von Flächen
- 111 • Risikoabsicherung für investierende und planerisch aktive Akteure

112

113 **Unternehmen brauchen kurze Wege und Planungssicherheit**

114 Northvolt hat gezeigt, wie erfolgreich wir sind, wenn alle Räder ineinandergreifen und
115 Bund, Land und Region zielgerichtet zusammenarbeiten. Industriecluster wie in Brunsbü-
116 ttel können Beispiele für weitere Industrieflächen im Land sein. Die Vernetzung der Ak-
117 teure, zum Beispiel im Bereich der Mikroelektronik, soll aktiv vorangetrieben werden. Ge-
118 rade Schleswig-Holstein zeichnet aus, dass die Wege kurz und Abstimmungen schnell sind.
119 Das ist ein echter Standortvorteil, den wir weiter ausspielen müssen und werden. Wir wol-
120 len eine Ansiedlungs-Task-Force für Großprojekte einrichten, die sich allen genehmi-
121 gungsrechtlichen und planerischen Fragen annehmen und direkt mit den Unternehmen
122 zusammenarbeiten soll – immer orientiert an bestmöglichen und schnellsten Ergebnissen
123 für Ansiedlungsvorhaben.

124

125 *Wir fordern:*

- 126 • Aktive Vernetzung von Akteuren.
- 127 • Eine Ansiedlungs-Task-Force für Großprojekte.

128

129 **Eine starke wehrtechnische Industrie für ein sicheres Schleswig-Holstein, Deutschland**
130 **und Europa**

131 Wir haben bereits starke, auch industriell geprägte Cluster bei uns im Land. Mit den Life
132 Sciences und hier besonders auch in Zusammenarbeit mit der Freien und Hansestadt
133 Hamburg, der Ernährungswirtschaft, insbesondere im Raum Lübeck, der maritimen Wirt-
134 schaft, dem Tourismus, sowie der Energiebranche und dem Maschinenbau sind wir in
135 Schleswig-Holstein gut aufgestellt. Ziel der Ansiedlungsstrategie des Landes ist es, diese
136 Branchen weiter zu stärken und zu weiteren Ansiedlungen zu kommen.

137

138 Für Schleswig-Holstein ist insbesondere die wehrtechnische Industrie ein zentrales Ele-
139 ment der heimischen Wirtschaft. Diese bietet in Schleswig-Holstein attraktive, zum großen
140 Teil tarifgebundene, Arbeitsplätze und trägt erheblich zur Wertschöpfung des Landes bei.
141 Gerade in der heutigen Zeit, in der Sicherheit, Stabilität und Frieden auch in Westeuropa
142 bedroht sind, ist diese Industrie von höchster Wichtigkeit für unser Land. Der Angriffskrieg
143 Russlands auf die Ukraine befindet sich im dritten Jahr. Unsere wehrtechnische Industrie
144 unterstützt dabei, auf die veränderten sicherheits- und verteidigungspolitischen Heraus-
145 forderungen Deutschlands, der EU und der NATO reagieren zu können.

146

147 Die Struktur der rund 30 Unternehmen in der schleswig-holsteinischen Rüstungsindustrie
148 aus wehrtechnischen Betrieben und Zulieferern beinhaltet den Marineschiffbau, Landsys-
149 tem- und Luftfahrtindustrie, Kommunikationssysteme, Optik sowie Waffen- und Muniti-
150 onssysteme. Die Bundesregierung muss für diese Unternehmen Planbarkeit und Verläss-
151 lichkeit schaffen, indem sie Aufträge und Rahmenverträge auch langfristig vergibt. Das Sie-
152 gel „*Made in Schleswig-Holstein*“ ist ein Zeichen von bester und sicherer Qualität. Es kann
153 nur schnell und in großem Umfang produziert werden, wenn Investitionssicherheit gege-
154 ben ist. Das Sondervermögen für die Bundeswehr soll auch weiterhin Vorhaben der Marine
155 in großem Umfang miteinbeziehen. Beschaffungen von Ausrüstung, Ausstattung, Ersatz-
156 teilen und Munition müssen zügiger durchgeführt werden und Beschleunigungsmöglich-
157 keiten im Vergaberecht müssen stärker genutzt werden.

158

159 *Wir fordern:*

- 160 • Die zügige Beschaffung von wehrtechnischem Gerät durch den Bund und verlässliche
161 Planungssicherheit für die Unternehmen.
- 162 • Wertschöpfung, Beschäftigung und Leistungsfähigkeit müssen im Land gehalten und
163 die Betreuungsfähigkeit sichergestellt werden. Das betrifft bestehende Systeme wie
164 bspw. den Eurofighter genauso wie künftige. Es muss sichergestellt sein, dass das
165 Know-How im Land bleibt und Fachkräfte durch entstehende Lücken in der Betreu-
166 ung der Unternehmen in Schleswig-Holstein nicht abwandern müssen.
- 167 • Harmonisierung der europäischen Rüstungsexportbestimmungen muss umgesetzt
168 werden.
- 169 • Die verlässliche und schnellere Umsetzung von Exportgenehmigungen muss umge-
170 setzt werden.
- 171 • Finanzierungsmöglichkeiten der wehrtechnischen Industrie müssen verbessert wer-
172 den.

173

174 **Erneuerbare Energie als Wettbewerbsvorteil**

175 Wir gestalten unsere Energiepolitik mit zwei Zielen: Sie muss klimafreundlich sein und
176 gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen sicherstellen. Als rohstoffarmes
177 Bundesland handeln wir daher entlang einer zentralen Fragestellung: Wie generieren wir
178 aus dem Rohstoff Erneuerbare Energie Wirtschaftswachstum für Schleswig-Holstein? Ge-
179 rade an unserer Westküste finden wir Eignungsflächen für Industrieansiedlungen. Die um-
180 fangreichen Entwicklungen rund um die Themen Batterieproduktion und -forschung ent-
181 lang der Entwicklungsachse A23 unterstützen wir ausdrücklich. Auch landesweit spielt
182 grüne Energie eine immer größere Rolle. Wir begrüßen die Ansiedlung einer Fabrik für
183 grünen Wasserstoff im Herzen Schleswig-Holsteins in Neumünster. Als Land, das alle
184 Windstärken zwischen Windstille, einer lauen Brise und einem kräftigen Herbststurm
185 kennt, wissen wir um die Relevanz von sicheren Speichermöglichkeiten für z. B. Windener-
186 gie. Das müssen wir voranbringen.

187

188 Zudem benötigen wir eine Reform insbesondere im Hinblick auf die Netzentgelte. Die
189 Netzentgeltsystematik muss so justiert werden, dass dynamische Netzentgelte verbrauchs-
190 seitige Flexibilitätspotenziale zu heben helfen und die Kosten der Integration von Erneuer-
191 baren Energien fair und verzerrungsfrei verteilt werden. Die regionalen Unterschiede in
192 Deutschland beim Ausbau erneuerbarer Energien und der unzureichende Ausbau der Net-
193 zinfrastruktur in einigen Teilen Deutschlands führen zu problematischen Marktergebnis-
194 sen und belasten letztlich die Regionen, die Strom aus Erneuerbaren produzieren überpro-
195 portional. Vor diesem Hintergrund dürfen Regionen mit starkem Ausbau von Erneuerba-
196 ren Energien nicht länger die höchsten Lasten tragen, sondern müssen spürbar entlastet
197 werden. Außerdem werden aktuell in der einheitlichen Gebotszone regionale Knappheits-
198 signale nicht im Strompreis abgebildet und so eine stärkere Flexibilisierung des industri-
199 ellen Stromverbrauchs verhindert. Ein Gebotszonensplit der Knappheitspreissignale im
200 Markt widerspiegelt, kann dazu beitragen, dass sich Unternehmen dort ansiedeln, wo viel
201 grüner Strom vorhanden ist. Hierbei sind Rückwirkungen auf die Versorgungssicherheit

202 ebenso in den Blick zu nehmen wie Fragen der Verteilungsgerechtigkeit und ansiedlungs-
203 politische Chancen für den Standort, die sich aus der Entstehung regionaler Preissignale
204 ergeben können.

205

206 Ein weiteres Thema ist die Nutzung von, aufgrund von Netzengpässen, nicht produzierten
207 Strommengen nach dem Prinzip „Nutzen statt Abregeln“, sowie die Nutzung von in räum-
208 licher Nähe erzeugtem Strom. Der Strombezug in Regionen mit einer hohen Erzeugungs-
209 leistung erneuerbarer Energien im direkten räumlichen Zusammenhang sollte erleichtert
210 werden. Wie im Industrietriolog bekräftigt, sind Power Purchase Agreements (PPA's) eine
211 Möglichkeit für Unternehmen, selbstständig stabile Strompreise durch die direkte Ab-
212 nahme zu verhandeln und sicherzustellen. Diese privatwirtschaftliche Lösung kann dabei
213 für beide Partner Vorteile mit sich bringen und vermeidet den sonst notwendigen Netzaus-
214 bau.

215

216 *Wir fordern:*

- 217 • Eine Reform der Netzentgeltsystematik
- 218 • Absenkung der staatlich induzierten Strompreiskosten und die Einführung von
219 Strompreiszonen
- 220 • Sichere Speichermöglichkeiten und Nutzung in direkter Nähe zur Erzeugung.
- 221 • Vermeidung von Abregelungen durch Stromnutzung vor Ort.

222

223

224 **SCHLESWIG-HOLSTEIN. MITTELSTANDSLAND.**

225 Schleswig-Holsteins Wirtschaftsstruktur ist insbesondere von kleinen und mittelständi-
226 schen Unternehmen geprägt. Diese Unternehmen bilden das Rückgrat unserer Wirtschaft,
227 haben den größten Anteil an Ausbildungsplätzen und sichern gute und zuverlässige Ar-
228 beitsplätze im Land. Die Bedürfnisse und Besonderheiten der mittelständischen Unterneh-
229 mensstruktur müssen daher weiter einen Schwerpunkt unserer Wirtschaftspolitik bilden.
230 Überbordende Vergaberegeln sind für öffentliche Auftraggeber und auch für die Unterneh-
231 men, die Angebote abgeben, kontraproduktiv. Handwerksbetriebe, mittelständische Bau-
232 unternehmen sowie kleinere Ingenieur- und Architektenbüros können nur mit hohem Auf-
233 wand Angebote abgeben. Die Kommunalen Spitzenverbände wie der deutsche Landkreistag
234 bemühen sich seit langem in Brüssel darum, hier zu Erleichterungen der Vergabepaxis
235 zu kommen. Die EU-Vergaberichtlinien müssen deutlich von Formalismus und unzähligen
236 Selbsterklärungen befreit werden. Zudem müssen die EU Schwellenwerte zum Beispiel für
237 freiberufliche Leistungen von jetzt 25.000 € erheblich angehoben werden. Die erfolgreiche
238 Ansiedlung von Northvolt an der Westküste ist ein Schaufenster in die Welt, dass sowohl
239 Industrie als auch Mittelstand hervorragende Produktions- und Arbeitsbedingungen im
240 Land zwischen den Meeren finden. Der Mittelstand ist Garant für die Robustheit und die
241 Leistungsstärke der Wirtschaft in Schleswig-Holstein. Mittelständler verfügen über die In-
242 novationskraft, die Transformation zu gestalten und Marktführer für Zukunftstechnolo-
243 gien „*Made in Schleswig-Holstein*“ zu werden.

244

245 **Produktion rauf, Bürokratie runter**

246 Unser Mittelstand wird zu oft durch Bürokratie gehemmt. Ein Beispiel: Ein Handwerksbe-
247 trieb muss einen Ersthelfer, einen Maschinenbeauftragten, einen Datenschutzbeauftrag-
248 ten, eine Fachkraft für Arbeitssicherheit und einen Brandschutzbeauftragter auswählen,
249 ausbilden und bestellen. Weiter müssen einige Mitarbeiter schriftlich als Baumaschinen-
250 führer eingewiesen, unterrichtet und schriftlich bestellt werden. Gleichzeitig braucht er
251 eine Genehmigung für alles, wie z. B. von der GEMA für die Telefonschleife oder eine An-
252 meldung bei der Künstlersozialkasse für ein neues Firmenlogo. Ein weiteres eindrückli-
253 ches Beispiel ist der Berichterstattungsumfang verschiedener Statistikabfragen für Be-
254 triebe aus Schleswig-Holstein an das Statistische Amt für SH und HH, die sowohl monats-,
255 quartals- als auch jahresweise erfolgen muss. Sowohl die Quartals- als auch die Jahresmel-
256 dungen wären rechnerisch auf Grundlage der Monatsmeldungen ermittelbar. Außerdem
257 muss das Rotationsprinzip, nachdem Betriebe nur rotierend und nicht ständig zur Bericht-
258 erstattung herangezogen werden, konsequent angewendet werden. Ziel muss es sein, die
259 Betriebe spürbar von bürokratischen Lasten zu befreien. Außerdem müssen bei neuen ge-
260 setzlichen Regelungen die Belange des Mittelstandes noch stärker berücksichtigt und Bü-
261 rokratie auf das notwendige Minimum begrenzt werden. Wir stehen zur Handlungsma-
262 xime: “one in, two out“ – für jede neue Regelung müssen zwei Regelungen entfallen.

263

264 Dort, wo unter Länderhoheit möglich, wollen wir die Bemessungsgrenzen für Berichts-
265 pflichten und das Beauftragtenwesen deutlich erhöhen, damit sich wertvolle Arbeitskräfte
266 wieder stärker um das eigentliche Kerngeschäft kümmern können.

267

268 Wir wissen um die Belastungen des Handwerks. Neben alltäglicher körperlicher Arbeit
269 sind hier die Unternehmer ebenfalls mit Bürokratie konfrontiert und müssen dieser oft au-
270 ßerhalb der Kernarbeitszeit begegnen: Tagsüber wird im Betrieb gearbeitet und angepackt,
271 abends muss dann die Schreibtischarbeit und Bürokratie erledigt werden. Das ist kein Zu-
272 stand. Die Verschlinkung von Verwaltungsabläufen auf sämtlichen politischen Ebenen
273 muss endlich in die Tat umgesetzt werden, damit unser Mittelstand spürbare Bürokratie-
274 entlastungen erfährt. Ein Instrument kann ein Belastungs- und Bürokratiemoratorium
275 sein. Mit dem Ausbau der open data-Plattform des Landes zu einem Datenhaus Schleswig-
276 Holstein wollen wir nicht nur in der Verwaltung vorhandene Daten zur Verfügung stellen
277 und nutzbar machen, sondern gerade auch den Unternehmen ermöglichen, ihre Daten be-
278 reit zu stellen und so Wertschöpfung zu generieren.

279

280 *Wir fordern:*

- 281 • Bürokratie auf das nötige Minimum begrenzen.
- 282 • Belange des Mittelstandes bei gesetzlichen Regelungen stärker berücksichtigen.
- 283 • Berichtspflichten verringern und Beauftragtenwesen verkleinern.
- 284 • Ein Belastungs- und Bürokratiemoratorium durchführen.
- 285 • Die open data-Plattform des Landes fortentwickeln.

286

287 **Ausbilden, um Fachkräftepotential bestmöglich zu nutzen**

288 Kleine und mittelständische Unternehmen sind wichtige betriebliche Ausbildungsstätten
289 in unserem Land und zentraler Baustein im Kampf gegen den Fachkräftemangel. Wir be-
290 kennen uns zur Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung und wollen die
291 Berufsorientierung für Ausbildungsberufe in allgemeinbildenden und berufsbildenden
292 Schulen weiter stärken. Die bisherigen Anstrengungen in diesem Bereich müssen durch
293 eine konsequente Umsetzung des Landeskonzpts Berufsorientierung erhöht werden. Wir
294 begrüßen, dass Berufsorientierung und Praktika an allen Schularten verpflichtend statt-
295 finden. Mit Maßnahmen der Potentialanalyse, Berufsfelderprobungen, Praktika und ver-
296 bindlichen Regelungen zur Zusammenarbeit mit Unternehmen, Behörden, Jugendberufs-
297 agenturen, Kammern, Innungen und zwischen allgemeinbildenden und beruflichen Schu-
298 len bestehen bereits heute vielfältige Maßnahmen der Beruflichen Orientierung. Diese
299 Maßnahmen werden regelmäßig überprüft und evaluiert. .Die Förderung des Bereichs der
300 Berufsvorbereitung in den Berufsbildenden Schulen (BIK-, AV- und BVM-Klassen sowie der
301 Ausbau und die Entwicklung gemeinsamer Standards bei den Jugendberufsagenturen und
302 eine landesweite Praktikumsbörse sind weitere wichtige Bausteine.. Insbesondere die Ein-
303 ladung von Schulklassen in Betriebe kann junge Menschen für eine Ausbildung begeistern.
304 Auch hauptamtliche Feuerwehren, die Bundeswehr und kommunale Sozial- und Ord-
305 nungsdienste sind Akteure der beruflichen Orientierung.

306

307 Mit dem Masterplan Berufliche Bildung für das duale Ausbildungssystem schafft die CDU-
308 geführte Landesregierung die Grundlage für ein zukunftsfähiges und leistungsstarkes Sys-
309 tem der beruflichen Bildung für duale Ausbildungsberufe.

310

311 In einer Welt, in der es so zahlreiche Angebote in der Ausbildungs- und Berufswelt gibt,
312 müssen wir junge Menschen stärker in die Praxis bringen. Wir ermutigen kleine und mit-
313 telständische Unternehmen, weiter ihre wertvolle Ausbildungsarbeit auszubauen und wer-
314 den dafür sorgen, dass auch das hohe ehrenamtliche Engagement von Menschen im beruf-
315 lichen Ausbildungssystem, z. B. durch das umfangreiche Prüfungswesen mit Prüfungsaus-
316 schuss, Zwischen- und Abschlussprüfungen und Kammer- bzw. Innungswesen, besser ge-
317 würdigt wird.

318

319 Auszubilden ist keine Selbstverständlichkeit. Als CDU Schleswig-Holstein wollen wir einen
320 landesweiten Ausbildungsgipfel unter dem Motto „Ausbilden? Ja, bitte!“ veranstalten, um
321 mit den ausbildenden Betrieben und Interessierten ins Gespräch zu kommen, wo der
322 Schuh drückt und wo wir landesseitig unterstützen können.

323

324 *Wir fordern:*

- 325 • Die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildung herstellen.
- 326 • Die Zusammenarbeit von Schulen und relevanten Akteuren der beruflichen Bildung
327 stärken.
- 328 • Ehrenamt im beruflichen Ausbildungssystem wertschätzen und fördern.
- 329 • Einen Ausbildungsgipfel mit bereits ausbildenden und an Ausbildung interessier-
330 ten Betrieben.

331

332 **Erfolgreiche Unternehmensnachfolgen für eine gesunde Wirtschaft**

333 In Schleswig-Holstein stehen in den kommenden Jahren viele Unternehmen zur Nachfolge
334 an. Abgebende und Nachfolgende müssen sich frühzeitig mit dem Thema beschäftigen. Im-
335 mer noch widmen sich vor allem Abgebende zu spät der eigenen Nachfolgeregelung, dabei
336 dient eine erfolgreiche Nachfolge der Sicherung des eigens aufgebauten Unternehmens,
337 des eigenen Lebenswerkes. In Schleswig-Holstein stehen viele Beratungs- und Finanzie-
338 rungsangebote zur Verfügung – auch hier sind die Wege kurz. Wir wollen, gemeinsam mit
339 den Akteurinnen und Akteuren, einen Beitrag dazu leisten, mehr Menschen für die Über-
340 nahme eines Unternehmens zu begeistern. Viele Übergaben finden nicht mehr innerhalb
341 der Familie statt, diesem Umstand muss Rechnung getragen werden. Auch hier bedarf es
342 einer gezielten Unterstützung des Übergabeprozesses. Durch Veranstaltungen und gezielte
343 Marketingkampagnen soll das Thema Unternehmensübergabe ganz oben auf die Agenda
344 kommen und dafür sensibilisiert werden. Unterstützungsangebote wie die Meistergrün-
345 dungsprämie im Handwerk sollen auch weiterhin einen Beitrag des Landes zur Unterstüt-
346 zung von Nachfolgenden leisten.

347

348 *Wir fordern:*

- 349 • Veranstaltungen und gezielte Marketingkampagnen.
- 350 • Weiterführung der Meistergründungsprämie.

351

352 **Gründungsland**

353 Wir setzen uns für ein gründerfreundliches Umfeld ein, bei dem innovative Gründerinnen
354 und Gründer sowie neue Geschäftsmodelle gefördert werden sowie ein unterstützendes
355 Umfeld aus Beteiligungskapital und erfahrenen Mentorinnen und Mentoren ausgebaut
356 wird. Eine niedrigschwellige Einstiegsförderung für Innovationsvorhaben in Startups
357 nimmt eine wichtige Rolle in der Förderstrategie Schleswig-Holsteins ein. Der mit fast sie-
358 ben Millionen Euro geförderter StartUp SH, in dem sich alle Hochschulen, hochschulnahen
359 Institutionen, weitere Gründungsunterstützer und Startups aus Schleswig-Holstein ver-
360 netzen und austauschen, ist deutschlandweit bisher einzigartig. Wir setzen uns dafür ein,
361 ein positives Bild des Unternehmertums in der Öffentlichkeit zu schaffen, nicht nur um
362 Gründungsinteressierte zu ermutigen, ihre Ideen umzusetzen, sondern auch um ein at-
363 traktives Umfeld für Investitionen in Startups durch private Anleger zu schaffen, auch über
364 die Phase des Startkapitals (*Seed-Phase*) hinweg. Daher wollen wir uns für eine schnellere
365 Abschreibung von Investitionen in Startups einsetzen. Insgesamt streben wir dabei die Un-
366 terstützung nachhaltiger Investitionen an, denn innovative Lösungsansätze für die Heraus-
367 forderungen unserer Zeit lassen sich nicht innerhalb kurzer Zeit rentabel umsetzen. Zu-
368 sätzlich wollen wir die Bürokratie in der ohnehin herausfordernden Startphase auf ein Mi-
369 nimum begrenzen. Darüber hinaus werden wir uns für die Anhebung des Gewerbesteuer-
370 Freibetrags einsetzen.

371

372 Wir wollen den Gründergeist durch eine noch umfassendere Vernetzung von Regelschulen
373 und Wirtschaft verstärken. Schleswig-Holstein hat bereits mit der Umsetzung des Landes-
374 konzepts Entrepreneurship Education („EE.SH – Wir unternehmen was!“) einen wichtigen
375 Schritt in die richtige Richtung gemacht, um den Gründergeist bereits in jungen Jahren zu

376 fördern. So wird z. B. der Unterricht für Praxiskontakte geöffnet oder Fachunterricht mit-
377 hilfe von Makromethoden wie z. B. Fallstudien oder Thementage gestaltet. Darüber hinaus
378 bedarf es der Etablierung einer Fehlerkultur. Die Akzeptanz des Risikos und das Verständ-
379 nis dafür, dass Misserfolge nicht auszuschließen sind, können Gründer ermutigen, neue
380 Ideen auszuprobieren und innovative Wege zu erschließen. Wichtig ist dabei zu verstehen,
381 dass ohne Risiko kein Erfolg möglich ist. Es werden daher bereits jetzt Gründungsinteres-
382 sierte, die während ihres Studiums, ihrer Forschungsarbeit oder in anderen Umgebungen
383 eine innovative, vorzugsweise technologieorientierte, wissensintensive oder nachhaltige
384 Geschäftsidee entwickelt haben, mit dem Gründungsstipendium unterstützt. Es wird be-
385 grüßt, dass bereits heute im Hochschulgesetz die Grundlage geschaffen wurde, dass die
386 Gründung eines Unternehmens während des Studiums als Grund für ein Urlaubssemester
387 anerkannt wird. Diese Möglichkeit soll im Zusammenhang mit Gründungsinitiativen an
388 Hochschulen beworben werden.

389

390 *Wir fordern:*

- 391 • niedrigschwellige Einstiegsförderung für Innovationsvorhaben in Startups.
- 392 • schnellere Abschreibung von Investitionen in Startups.
- 393 • Anhebung des Gewerbesteuer-Freibetrags.
- 394 • noch umfassendere Vernetzung von Regelschulen und Wirtschaft.
- 395 • Bewerbung, dass die Gründung eines Unternehmens während des Studiums als
396 Grund für ein Urlaubssemester anerkannt wird.

397

398 **SCHLESWIG-HOLSTEIN. ZUKUNFTSLAND.**

399 Schleswig-Holstein ist Zukunftsland und hat verschiedene Standortstärken, die in den
400 kommenden Jahren helfen werden, den Norden weiter positiv zu entwickeln. Unsere Nähe
401 zu Skandinavien im Norden und zur Metropole Hamburg im Süden ist einmalig: Das müs-
402 sen wir nutzen. Die meisten Rahmenbedingungen verbessern sich nicht von alleine. Politik
403 muss dafür Impulse geben und konkrete Maßnahmen ergreifen. Im echten Norden leben
404 die glücklichsten Menschen. Das ist ein starkes Argument, um bei uns zu leben und zu ar-
405 beiten. Wir müssen aktiv um Arbeits- und Fachkräfte werben. Schleswig-Holstein muss
406 eine neue Erreichbarkeit entwickeln. Dafür brauchen wir eine Infrastruktur, die Nordeu-
407 ropa mit Deutschland verbindet. Neue Technologien schaffen auch ganz neue Möglichkei-
408 ten. Davon wollen wir auch in Schleswig-Holstein profitieren. Und auch weiterhin leben wir
409 dort, wo andere Urlaub machen. Das sind Stärken von Schleswig-Holstein, die wir für uns
410 nutzen müssen.

411

412 **Welcome – und ab zur Arbeit!**

413 Unser Land braucht Fachkräfte. Um den Herausforderungen des demografischen Wandels
414 und dem Wachstum der vergangenen Jahre zu begegnen, müssen wir weitere Potenziale in
415 der Erwerbsarbeit im Inland heben, aber auch durch Zuwanderung Zugang zu neuen Fach-
416 und Arbeitskräften erschließen. Nur so werden wir langfristig unsere Wettbewerbsfähig-
417 keit und unseren Wohlstand sichern können. Wir stehen in Konkurrenz zu anderen Län-
418 dern und Staaten. Daher müssen auch wir uns anstrengen, denn die Aufgabe wird in den

419 kommenden Jahren immer größer. Die Lücke auf dem Arbeitsmarkt wird in den kommen-
420 den zehn Jahren auf über 300.000 Fach- und Arbeitskräfte ansteigen, wenn wir nicht jetzt
421 reagieren.

422

423 Unser Ziel ist eine gezielte und gesteuerte Zuwanderung von Fach- und Arbeitskräften.
424 Größtes Hindernis einer Arbeitsmigration ist die Sprachbarriere. Für uns zählt dabei:
425 Spracherwerb muss nicht zwangsläufig vor der Aufnahme einer beruflichen Tätigkeit fol-
426 gen. Eine neue Sprache erlernen wir nicht nur im Sprachkurs, sondern auch im Alltag,
427 beim Einkaufen, im Sportverein – und auch bei der Arbeit. Wir sind der Auffassung, dass
428 die schnellstmögliche Integration in Arbeit sowohl zielführend bei der Integration als auch
429 bei der Bekämpfung des Arbeits- und Fachkräftemangels ist. Deshalb unterstützten wir
430 den Job-Turbo zur schnelleren Integration von Geflüchteten im Arbeitsmarkt. Daneben se-
431 hen wir aber auch das Erfordernis, Personen, die noch nicht dezentral untergekommen
432 sind und/oder die zwar eine gewisse Bleibeperspektive aufweisen, ohne dass sie bereits ei-
433 nen dauerhaften Aufenthaltstitel haben, die Möglichkeit zu eröffnen, auf dem Arbeitsmarkt
434 schneller bzw. überhaupt Fuß zu fassen. Das darf allerdings nur für Personen gelten, die
435 integrationswillig sind und straffrei leben.

436

437 Wer aus dem Ausland kommt und eine berufliche Grundqualifikation insbesondere in den
438 sogenannten Mangelberufen sowie ausreichend gute Deutschkenntnisse nachweisen
439 kann, der soll auch in Schleswig-Holstein eine reguläre duale Berufsausbildung beginnen
440 können. Das Welcome Center Schleswig-Holstein ist erfolgreich gestartet. Als zentrale An-
441 laufstelle in Schleswig-Holstein für Unternehmen und internationale Talente wird hier der
442 Weg aus dem Ausland nach Schleswig-Holstein geebnet. Diese Struktur müssen wir in den
443 kommenden Jahren weiterentwickeln. Gerade kleine und mittlere Unternehmen brauchen
444 spezifische Unterstützung. Dabei kann es sinnvoll sein, dass das Welcome Center Schles-
445 wig-Holstein auch verstärkt regionale Beratungs- und Unterstützungsangebote anbietet.
446 Die Begleitung der Ansiedlung von Northvolt in der Region Westküste kann dabei ein erster
447 Schritt sein.

448

449 *Wir fordern:*

- 450 • Umsetzung des Job-Turbos zur schnelleren Integration von Geflüchteten am Ar-
451 beitsmarkt.
- 452 • Geeigneten Menschen aus dem Ausland den Zugang zum Ausbildungsmarkt ermög-
453 lichen.
- 454 • Rechtliche Erleichterungen bei der Arbeitsaufnahme von Geflüchteten.
- 455 • Regionale Beratungs- und Unterstützungsangebote des Welcome Center.

456

457 **Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland**

458 Wir müssen aber auch gezielt im Ausland für Schleswig-Holstein und den Norden werben.
459 Dabei wollen wir mit anderen Ländern zusammenarbeiten und Anwerbestrategien entwi-
460 ckeln. Zudem wollen wir in Kooperation mit den Goethe-Instituten geeigneten Menschen
461 aus dem Ausland den Zugang zum Ausbildungsmarkt in Schleswig-Holstein erleichtern.
462 Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, die Goethe-Institute mit ihren 159 Ein-
463 richtungen in 98 Ländern stärker einzubinden, um für Arbeitsmigranten frühzeitig den

464 deutschen Spracherwerb im eigenen Land zu ermöglichen. Dazu gehört eine ausreichende
465 Finanzierung der Goethe-Institute, mit der letztlich Sprachkurse zu angemessenen Preisen
466 angeboten werden können. Wir brauchen Bedingungen, die für interessierte Fach- und Ar-
467 beitskräfte so attraktiv sind, dass Deutschland die erste Wahl wird. Die wichtigsten Hand-
468 lungsfelder sind ein attraktives Aufenthaltsrecht für Arbeitsmigration, die angemessene
469 Berufsanerkennung von Qualifikationen und Fähigkeiten aus dem Ausland sowie die Etab-
470 lierung einer Willkommenskultur, die eine längerfristige Zuwanderung in unseren Ar-
471 beitsmarkt möglich macht und positiv unterstützt. Dabei hat sich gezeigt, dass insbeson-
472 dere die langwierigen Anerkennungsverfahren von beruflichen Qualifikationen ein großes
473 Hindernis für die Fachkräfteeinwanderung darstellen. Wir wollen deswegen auch qualifi-
474 zierten Unternehmen ermöglichen, Berufsqualifikationsanerkennungen durchzuführen.
475 Dies soll in enger Abstimmung mit der IHK und der Handwerkskammer sowie nach festge-
476 legten Standards erfolgen. Visaverfahren müssen nicht nur zügiger erfolgen, sondern auch
477 bürokratieärmer - Anforderung an Fach- und Arbeitskräfte dürfen nicht maßlos werden.
478 Eine Maßnahme können dafür weitere bilaterale Abkommen darstellen.

479
480 Wir haben verstanden, dass wir uns Fachkräfte aus dem Ausland nicht aussuchen können,
481 sondern dass es darum geht, dass sich Fachkräfte für oder gegen uns entscheiden. Wir ste-
482 hen in einem harten Wettbewerb mit anderen Industrienationen, in dem wir nur bestehen
483 werden, wenn wir im internationalen Vergleich auch attraktiv genug sind. Dabei müssen
484 wir auch neue Wege ausprobieren. Englisch ist Weltsprache und gleichzeitig auch in
485 Schleswig-Holstein größtenteils erlernte Fremdsprache Nr. 1. Wir wollen die englische
486 Sprachkompetenz der Behördenmitarbeiterinnen und -mitarbeiter deshalb weiter verbes-
487 sern. Dies gilt insbesondere für Behörden mit denen ausländische Fachkräfte regelmäßig
488 Kontakt haben.

489
490 Darüber hinaus wollen wir uns dafür einsetzen, dass ausländische Fachkräfte, die bereits
491 bei uns im Land sind, auch im Land bleiben. Es ist insbesondere zu beobachten, dass aus-
492 ländische Studierende nach der Promotion, insbesondere im Rahmen der Naturwissen-
493 schaften, Deutschland verlassen – und das oft nicht in Richtung Heimatland, sondern in
494 andere Länder wie z. B. der Schweiz oder den USA. Diese Abwanderung von Akademikerin-
495 nen und Akademikern im Anschluss an die Promotion im Rahmen der sogenannten Post-
496 doc-Phase, begrenzt sich dabei nicht auf ausländische Akademiker. Denn häufig verlassen
497 auch deutsche hochqualifizierte Akademiker nach der Promotion Deutschland. Hinter-
498 grund ist u. a. das Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG), das die Rechtsgrundlage
499 für wissenschaftliches Personal an Hochschulen und Forschungseinrichtungen bildet und
500 derzeit auf Bundesebene reformiert wird. Wir setzen uns dafür ein, dass die maximale Be-
501 fristungsdauer für Postdocs nicht verkürzt wird. Ziel ist es, nicht nur der durch Zeitdruck
502 bedingten sinkenden Qualität wissenschaftlicher Arbeit entgegenzuwirken, sondern auch
503 attraktive Bedingungen für Akademiker in der Forschung und Wissenschaft zu schaffen.
504 Dadurch soll der Wissenschaftsstandort gestärkt und eine Abwanderung ins Ausland ver-
505 hindert werden.

506

507 *Wir fordern:*

- 508
- Kooperation mit den Goethe-Instituten im Ausland ausbauen.

- 509 • Durchführung von Berufsqualifikationsanerkennungen durch qualifizierte Unter-
510 nehmen.
- 511 • Verbesserung der englischen Sprachkompetenz in unseren Behörden
- 512 • Attraktive Rahmen- und Vertragsbedingungen für wissenschaftliches Personal.

513

514 **Inländisches Potenzial heben**

515 Wir müssen darüber hinaus weiteres inländisches Potenzial im Arbeitsmarkt heben. Auch
516 die Erwerbsbeteiligung von Frauen kann durch weiter verbesserte Rahmenbedingungen
517 für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie durch bessere Teilzeitmodelle erhöht
518 werden. Gerade eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen kann bei der Bekämpfung des
519 Fachkräftemangels helfen. Dazu gehört für uns das Schließen des Gender Pay Gaps sowie
520 die Einführung eines Mutterschutzes für Unternehmerinnen und Mandatsträgerinnen.
521 Sollte es gelingen, die Erwerbstätigkeit von Frauen denen der Männer gleichzustellen, kön-
522 nen 25 Prozent der bestehenden Fachkräftelücken geschlossen werden. Gerade die Kin-
523 derbetreuung ist hier ein entscheidender Faktor. Wir müssen daher den Rechtsanspruch
524 auf Ganztagsbetreuung in der Schule zügig umsetzen. Daneben wollen wir die Rahmenbe-
525 dingungen verbessern, Betriebskindergärten in Schleswig-Holstein zu betreiben. Diese
526 können auch überbetrieblich organisiert sein.

527

528 Wir müssen umfassend die Möglichkeiten verbessern, länger am Erwerbsleben teilzuneh-
529 men. Dabei geht es in erster Linie nicht darum, das gesetzliche Renteneintrittsalter anzu-
530 passen, auch wenn eine Angleichung an die gestiegene Lebenserwartung sinnvoll er-
531 scheint. Wichtiger ist, das Arbeiten im höheren Alter attraktiver zu gestalten. Der Vorschlag
532 einer Aktivrente kann dabei unterstützen. Wer das gesetzliche Rentenalter erreicht hat und
533 freiwillig weiterarbeiten möchte, sollte sein Gehalt bis zu einem bestimmten Betrag steu-
534 erfrei bekommen. Zudem müssen wir ein besonderes Augenmerk einerseits auf die In-
535 tegration von Langzeitarbeitslosen, andererseits von Menschen mit Behinderung legen: Ar-
536 beit ist die beste Möglichkeit, ein selbstbestimmtes, vom Staat und staatlichen Unterstüt-
537 zungsgeldern unabhängiges Erwerbs- und Privatleben zu führen. Ziel muss es im Kontext
538 der umzusetzenden Maßnahmen auch sein, die Potenziale von Langzeitarbeitslosen stär-
539 ker zu heben. Es gilt: intensiver qualifizieren und effizienter vermitteln, um leichter für of-
540 fene Stellen in Unternehmen in Betracht zu kommen.

541

542 Eine weitere wichtige Facette für die Hebung des Fachkräftepotentials im Land sind die Re-
543 duzierung der Schulabbrecherquote und die Reformierung des Übergangssystems zwi-
544 schen Schule und Beruf. Hier sind weitere Reformschritte zu gehen, um Menschen im
545 Übergangssystem schneller zum Eintritt in den ersten Arbeitsmarkt zu bewegen.

546

547 *Wir fordern:*

- 548 • Schließung des Gender Pay Gaps.
- 549 • Einführung eines Mutterschutzes für Unternehmerinnen und Mandatsträgerinnen.
- 550 • Ausweitung des Konzepts der Betriebskindergärten.
- 551 • Einführung einer Aktivrente auf Bundesebene.
- 552 • Steuerfreie Gehälter bis zu einem bestimmten Betrag nach Eintritt ins Rentenalter.

- 553 • Unterstützung von Langzeitarbeitslosen sowie Menschen mit Behinderung bei der
554 Integration in den Arbeitsmarkt.
555 • Reform des Übergangssystems Schule und Beruf
556

557 **Chancenland: Bildung als Faktor für Potentialwachstum**

558

559 Die Stärkung des Bildungssystems bildet insgesamt einen der wichtigsten Faktoren für
560 wirtschaftliches Wachstum. Nur ein starkes Bildungssystem qualifiziert die Fachkräfte von
561 morgen und sichert Wohlstand, Wachstum und Demokratie. Hierfür sind die Aspekte Stär-
562 kung der frühkindlichen Bildung, verpflichtende Sprachförderung und Stärkung der Chan-
563 cengerechtigkeit unabdingbar.

564
565 Bildungsförderung beginnt bei den Jüngsten. Daher ist die Stärkung der frühkindlichen
566 Bildung von herausragender Bedeutung. Der Übergang zwischen der Kindertagesstätte
567 und der Grundschule muss daher durch eine verpflichtende, frühe Sprachförderung und
568 ein Sprachscreening verbessert werden.
569

570 Die Förderung von basalen Kompetenzen wie Rechnen, Schreiben und Lesen, in der
571 Grundschule ist der Schlüssel zum Bildungserfolg. Die CDU-geführte Landesregierung
572 setzt hier mit der systematischen Förderung durch den Handlungsplan Basale Kompeten-
573 zen die richtigen Schwerpunkte.
574

575 Kinder mit schlechteren Startchancen müssen besonders unterstützt werden, damit die
576 Chancengerechtigkeit im Bildungssystem weiterhin verbessert wird. Die Landesregierung
577 hat hier mit der Einführung des PerspektivSchulprogramms ein wegweisendes Programm
578 eingeführt. Die Fortsetzung des PerspektivSchulprogramms, die Ausweitung des Program-
579 mes auf den Bereich Kindertagesstätten und die enge Verzahnung mit dem Startchancen-
580 programm von Bund und Ländern sind daher entscheidende Maßnahmen für gerechtere
581 Bildungschancen.
582

583 **Wir fordern:**

- 584 • Die Einführung eines verbesserten Übergangs zwischen Kindertagesstätte und
585 Grundschule durch frühe Sprachförderung und Sprachscreening.
586 • Die Fortsetzung des PerspektivSchulprogrammes und Ausweitung auf den Bereich
587 Kindertagesstätten.
588 • Eine Ausweitung des PerspektivSchulprogramms im Rahmen des Startchancenpro-
589 gramms auf bis zu 135 Schulen.
590

591 **Infrastruktur – auf der Straße, auf der Schiene, auf dem Wasser**

592 Infrastrukturell betrachtet ist Schleswig-Holstein Scharnier zwischen der Metropole Ham-
593 burg und dem Königreich Dänemark, wobei die Ostseeregion unser gemeinsame Entwick-
594 lungsraum ist. Diese geographische Lagegunst, in der die Ostsee als Meer der Möglichkei-
595 ten vielfältige Chancen eröffnet, gilt es, entschlossen zu nutzen. Wirtschaftliche Stärke
596 braucht gute Verbindungen. Gute Verkehrswege sind ein wesentlicher Standortfaktor. Ver-
597 kehrlich gut vernetzte Regionen bieten Vorteile für Arbeitskräfte, Kundinnen und Kunden

598 sowie kostengünstigen Gütertransport. Insbesondere peripher gelegene Standorte können
599 durch eine vernetzte Infrastruktur viel Wohlstandsgewinne erzeugen. Schleswig-Holsteins
600 einzigartige Lage zwischen zwei Meeren und deren Verbindung durch den Nord-Ostsee-
601 Kanal bieten uns die besten Voraussetzungen für einen infrastrukturellen Aufstieg.

602
603 Wir wollen unsere verteidigungswichtige Infrastruktur ausbauen und zukunftsfest ma-
604 chen. Der A7-Ausbau, Neubau der A20 sowie die Hinterlandanbindung der Festen
605 Fehmarnbelt-Querung (FFBQ) und Sanierung und Neubau von (elektrifizierten) Bahnstrec-
606 ken sind zentrale Investitionen einer deutschlandweit nach Norden und insbesondere zu
607 unseren auch neuen NATO-Partnern in Skandinavien gerichteten Infrastruktur, die wir be-
608 reits heute aktiv vorantreiben. Gleichzeitig wollen wir unsere Häfen an Nord- und Ostsee
609 weiter stärken, um kombinierte Verkehre zu erleichtern. Mit der FFBQ eröffnet sich – nicht
610 nur für Schleswig-Holstein – ein neuer Wirtschaftsraum in Nordeuropa. Nach ihrer Fertig-
611 stellung wird es möglich sein, innerhalb von eineinhalb Stunden mit dem Zug von Lübeck
612 nach Kopenhagen zu reisen und Waren und Güter zu transportieren. Die FFBQ wird die
613 dänisch-deutsche Zusammenarbeit noch mehr verstärken und das maritime Wirtschafts-
614 dreieck zwischen Dänemark, Schleswig-Holstein und Hamburg ankurbeln.

615
616 Neben den Ausbauprojekten, die Schleswig-Holstein attraktiver anbinden werden, brau-
617 chen wir ein stabiles und nachhaltiges Unterhaltungs- und Instandsetzungsmanagement.
618 In den nächsten Jahren dürfen, trotz der herausfordernden finanziellen Haushaltslage, ge-
619 rade Brücken nicht zum infrastrukturellen Nadelöhr werden. Für verlässliche Transport-
620 verbindungen brauchen wir zudem Schwerlastrouten und kürzere Genehmigungsverfah-
621 ren für Schwerlasttransporte. Für die LKW-Logistik wollen wir weitere Park- und Rastan-
622 lagen ausweisen und Autohöfe einrichten. Mit der Erweiterung des Straßennetzes für Gi-
623 galiner stützen wir den Logistikstandort weiter.

624
625 Allen Akteuren ist klar: Planungs- und Genehmigungszeiten in Deutschland müssen erheb-
626 lich verkürzt werden. Jetzt gilt es, die Planungs- und Genehmigungshemmnisse konse-
627 quent abzubauen. In Schleswig-Holstein hat die CDU-geführte Landesregierung mit der
628 Einrichtung eines neuen Senats für Infrastrukturangelegenheiten am Oberverwaltungsge-
629 richt bereits einen wichtigen Schritt für eine Beschleunigung von Verfahren unternom-
630 men, der sich positiv auf die Industrie und Wirtschaft in Schleswig-Holstein auswirken
631 kann. Wir wollen aber auch rechtlich alle verfügbaren Mittel zur Beschleunigung nutzen
632 und uns aktiv in Gesetzgebungsprozesse zur Planungsbeschleunigung einbringen. Mit dem
633 geplanten Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungs-
634 verfahren im Infrastrukturbereich setzen wir im Land den Pakt für Planungs- und Geneh-
635 migungsbeschleunigung des Bundes mit den Ländern sowie des Normenscreenings auf
636 Landesebene um.

637
638 *Wir fordern:*

- 639 • Der Bau der A20 muss weiter und mit Schnelligkeit vorangetrieben werden.
- 640 • Der Bau der Hinterlandanbindung der Festen Fehmarnbelt-Querung muss bis 2029
641 fertiggestellt sein.

- 642 • Für die Entwicklung der Westküste müssen die Schienenverbindungen Heide-Neu-
643 münster sowie Hamburg-Westerland elektrifiziert und durchgehend zweigleisig
644 ausgebaut sowie ein Neubau der Brücke Hochdonn durch den Bund vorangetrieben
645 werden.
- 646 • Der Aus- und Weiterbau der B5 und A21 sind ebenfalls von großer Bedeutung für
647 die wirtschaftliche Entwicklung des Landes.
- 648 • Schleswig-Holstein wird weiter aktiv Planungs- und Genehmigungsprozesse be-
649 beschleunigen und im Bund weiterhin auf Beschleunigungen drängen
- 650 • Wir wollen ein stabiles und nachhaltiges Unterhaltungs- und Instandsetzungsma-
651 nagement unserer Infrastruktur mit dem Schwerpunkt auf Brücken einführen.
- 652 • Durch gezielte Unterstützung von Güterverkehrszentren und Häfen wollen wir den
653 Anteil der Kombinierten Verkehre weiter steigern.
- 654 • Der LKW-Logistik wollen wir mit dem Ausbau von Park- und Rastanlagen sichere
655 Abstellmöglichkeiten bieten.

656

657 **Digitale Vorreiterregion und digitale Wirtschaft**

658 Die digitale Transformation von Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung und Gesellschaft
659 insgesamt lässt sich nur mit einer starken heimischen digitalen Wirtschaft Schleswig-Hol-
660 stein gestalten. Dafür bedarf es einer weiteren Stärkung unseres digitalen Ökosystems
661 Schleswig-Holstein aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung. Neben der Verstetigung
662 der Förderung des Clusters Digitale Wirtschaft Schleswig-Holstein, der DiWiSH, haben wir
663 mit dem DigitalHub.SH Ende 2023 ein neuartiges Instrument entwickelt, mit welchem die
664 Förderung von Innovationen, das Informieren und das Vernetzen für eine digital souveräne
665 Gesellschaft auf eine neue Stufe gehoben wurde. Unser Weg der digitalen Souveränität folgt
666 einem klaren industriepolitischen Kompass zur Stärkung der Digitalwirtschaft in Schles-
667 wig-Holstein. Wir werden unsere öffentlichen Budgets nicht mehr nur für Lizenzgebühren
668 aufwenden müssen, sondern in echte Programmierungsleistungen unserer heimischen Di-
669 gitalwirtschaft investieren und damit Wertschöpfung und Arbeitsplätze vor Ort schaffen.
670 Mit der Umsetzung der open source-Strategie für die öffentliche Verwaltung sowie dem
671 Landesprogramm Offene Innovation, welches durch den DigitalHub im Auftrag der Staats-
672 kanzlei umgesetzt wird, ist der Weg dafür geebnet.

673

674 Grundvoraussetzung für die Ansiedlung von Unternehmen und das Schaffen von Wachs-
675 tum und Beschäftigung in traditionellen Branchen und in der Digitalwirtschaft ist eine gut
676 ausgebaute digitale Infrastruktur. Schnelles Internet und Co. sind zugleich Standortfaktor
677 im Wettbewerb um knappe Arbeitskräfte. Deshalb werden wir auch weiterhin in unsere di-
678 gitale Infrastruktur investieren und diese ausbauen und verbessern. Bereits jetzt ist
679 Schleswig-Holstein deutschlandweit Spitzenreiter beim Ausbau von Glasfaser. 70% der
680 Haushalte können einen Glasfaseranschluss buchen. Dies gilt es, in voller Dynamik bis zum
681 vollständigen Ausbau fortzusetzen. Aber nicht allein der Breitbandausbau ist Rückgrat für
682 eine boomende Wirtschaft. Auch der Ausbau der Datenübertragung über LoRaWan, WLAN
683 und 5G sind entscheidende Standortfaktoren. Den begonnenen Aufbau des landesweiten
684 LoRaWan setzen wir mit unseren privaten Partnern weiter um und bauen eine Datenplatt-
685 form auf.

686

687 Diese Datenübertragungsmöglichkeiten sind für unsere Datenökonomie essenziell. Nur
688 durch eine umfassende Datenverfügbarkeit in hoher Qualität lassen sich die in Daten lie-
689 genden Wertschöpfungspotentiale umfassend für unsere Unternehmen erschließen. Wir
690 werden weiter am Ausbau unserer open data-Plattform arbeiten und diese zu einem Daten-
691 haus Schleswig-Holstein weiterentwickeln. Darin sollen alle in der Verwaltung verfügbaren
692 Daten abgelegt werden und kostenfrei öffentlich zur Verfügung stehen. Unternehmen und
693 Anwenderinnen und Anwender erhalten so die Möglichkeit, Geschäftsfelder fortzuentwi-
694 ckeln. Zugleich ermuntern wir Unternehmen im Sinne der Gegenseitigkeit und des Ver-
695 trauens, Daten bereitzustellen und so weitere Mehrwerte für alle zu schaffen.

696

697 Die Verfügbarkeit von Daten lässt sich nur dann verbessern, wenn Datenschutzhemmnisse
698 einer Bereitstellung nicht im Wege stehen. Deshalb werden wir überall dort, wo solche
699 Hemmnisse identifiziert werden, diese abbauen, wenn sie die DSGVO-Vorgaben überstei-
700 gen.

701

702 Zugleich sind solche Datenplattformen Grundlage für unsere vielfältigen Aktivitäten in den
703 Bereichen *smart city* und *smart region*. Sie sorgen nicht nur für einen ressourcenschonen-
704 den Umgang mit öffentlichen Mitteln, sondern machen das Leben für die Bürgerinnen und
705 Bürger leichter und tragen so zur Verbesserung der Lebensbedingungen in unserem Land
706 bei – ein unschätzbare Standortfaktor. Das gilt auch für die Leistungen der Daseinsvor-
707 sorge, z. B. in den Bereichen Mobilität und Gesundheit, welche wir durch die Nutzung digi-
708 taler Technologien weiter verbessern.

709

710 Der Einsatz von KI wirkt auf alle Branchen und Geschäftsfelder disruptiv. Zukünftig wird
711 daher ohne den Einsatz von KI im jeweiligen Geschäftsfeld kein Unternehmen mehr wett-
712 bewerbsfähig sein. Dies stellt die mittelständig geprägte Wirtschaft in Schleswig-Holstein
713 vor besondere Herausforderungen, weil diese oftmals nicht über die eigenen Fähigkeiten
714 und Ressourcen verfügen, die Potenziale von KI für sich nutzbar zu machen. Die Landesre-
715 gierung hat eigens dafür mit dem KI-Transfer-Hub, der inzwischen elementarer Teil der
716 KI-Anwendungszentren ist, ein Beratungsinstrument geschaffen, mit dem wir unsere Wirt-
717 schaft darin unterstützen, KI-Technologien nutzbar zu machen und einzusetzen. Der KI-
718 Transfer-Hub ist Teil unserer umfassenden KI-Strategie, mit der wir an der Schnittstelle
719 zwischen Wirtschaft und Wissenschaft anwendungsorientiert Projekte unterstützen. Ihn
720 wollen wir weiter stärken In diesem Zusammenhang werden wir auch den operativen Um-
721 setzungsarm der KI-Strategie, insbesondere unser KI-Sondervermögen, mit weiteren fi-
722 nanziellen Mitteln ausstatten.

723

724 Unsere Unternehmen, wie auch unsere Verwaltungen, sehen sich tagtäglich unterschiedli-
725 chen Angriffen im digitalen Raum ausgesetzt. Gerade unsere KMU haben kaum die Res-
726 sourcen, sich umfassend mit dem Thema Cybersicherheit auseinanderzusetzen. Sie brau-
727 chen unsere Unterstützung sowie Beratungs- und Unterstützungsangebote. Diese werden
728 wir (fort-)entwickeln und entlang der veränderten Herausforderungen prüfen und ggf. neu
729 strukturieren.

730

731 Die digitale Transformation unserer Verwaltung hilft dabei, unsere Verwaltung für Bürge-
732 rinnen und Bürger aber auch für Unternehmen rund um die Uhr 24/7 erreichbar zu ma-
733 chen. Schon heute sind über 700 Verwaltungsleistungen, die digital beantragt und beschie-
734 den werden können, über das Serviceportal des Landes verfügbar und täglich werden es

735 mehr. Die Nutzung spart Wege und damit wertvolle Zeit – für Unternehmen und für Arbeits-
736 kräfte. In diesem Sinne gilt es, möglichst alle Verwaltungsleistungen über Bürger- und Un-
737 ternehmenskonten verfügbar zu machen und die Weiterverarbeitung von Anliegen und
738 Anträgen und digitale Bescheidung medienbruchfrei sicherzustellen. Das beschleunigt bei
739 den Planungs- und Genehmigungsprozessen. Wenn wir hier schneller als andere Standorte
740 sind, haben wir einen echten Standortvorteil. In diesen Verfahren können sowohl im An-
741 tragsverfahren als auch im Bearbeitungsverfahren KI-gesteuerte Prozesse helfen. Dies
742 wollen wir weiter vorantreiben.

743
744 Wir werden des Weiteren den begonnenen Prozess des Abbaus von Digitalisierungshemm-
745 nissen umsetzen. Dazu hat eine Task Force gemeinsam mit Vertretern der Wirtschaft, der
746 Verbände und Vereine, sozialer Organisationen und der Kommunen ein umfassendes Vor-
747 schlagspaket entwickelt, welches sich bereits in Abarbeitung befindet. Aber wir werden
748 uns nicht nur um den Abbau von bestehenden Hindernissen kümmern, sondern dafür sor-
749 gen, dass erst gar keine neuen entstehen. Hier setzt unser Digitalcheck an, bei dem es da-
750 rum geht, Gesetzentwürfe und andere Regelungen bereits in ihrer Ausformulierung digi-
751 talfreundlich zu gestalten; Digitaltauglichkeit entscheidet sich ganz zu Beginn eines Pro-
752 zesses. Zukünftig gilt ein digitaler Dreiklang: Gesetze werden „Digital-by-Design“, Verwal-
753 tungsabläufe werden „Digital-by-Default“ und die Interaktion zwischen Staat und Bürge-
754 rinnen und Bürgern sowie Unternehmen verläuft „Digital-first“. So bringen wir noch mehr
755 Dynamik in die digitale Transformation.

756
757 Klimaneutralität und digitale Transformation sind zwei Seiten ein und derselben Medaille.
758 Der Weg zum klimaneutralen Industrieland gelingt nur bei vollständiger Ausschöpfung der
759 Potenziale der Digitalisierung, insbesondere durch den Einsatz und die Anwendung von KI,
760 ob bei der Prognose von Stromproduktion und -verbrauch, bei der Analyse und der Opti-
761 mierung der Produktionsanlagen für Erneuerbare Energien, der Stabilisierung unserer
762 Stromnetze oder bei EE-Genehmigungsverfahren. Die digitale Transformation geht aber
763 auch mit zusätzlichem Ressourcenverbrauch, beispielsweise durch den Bau und Ausbau
764 von Rechenzentren, und damit CO₂-Ausstoß einher. Um dennoch das Ziel der Klimaneut-
765 ralität für unser Land nicht zu gefährden, hat die Landesregierung eine GreenIT-Strategie
766 entwickelt und darin über 40 konkrete Maßnahmen zur Begrenzung des Ressourcenver-
767 brauchs beschrieben, die Stück für Stück und Maßnahme für Maßnahme umgesetzt wer-
768 den.

769
770 Mit all diesen Maßnahmen und den weiteren in der Digitalstrategie Schleswig-Holstein mit
771 seinen Clusterstrategien von der Landesregierung entwickelten Handlungsfeldern wird
772 Schleswig-Holstein zum digitalisierungsfreundlichsten Land und zur digitale Vorreiterre-
773 gion in Europa.

774

775 *Wir fordern:*

- 776 • Ausbau des digitalen Ökosystems (DigitalHub.SH, DiWiSH), um Wachstumspotenti-
777 ale für die schleswig-holsteinische Digitalwirtschaft auszubauen und neue zu er-
778 schließen.
- 779 • Umsetzung der open source-Strategie in der Landesverwaltung und über das Lan-
780 desprogramm offene Innovationen als industriepolitischer Anker für unsere Digi-
781 talwirtschaft.

- 782 • Bis 2025 weitgehender und bis 2030 vollständiger Abschluss des Glasfaserausbaus.
783 Dabei werden wir darauf achten, den Überbau zu vermeiden und wertvolle volks-
784 wirtschaftliche Ressourcen nicht zu verschwenden.
- 785 • Abschluss des Aufbaus des landesweit flächendeckenden LoRaWAN und Aufbau ei-
786 ner Datenplattform.
- 787 • Verstärkung der Beratungsangebote, wie den KI-Transfer-Hub, für unsere KMU
788 zum Einsatz von KI in ihren Geschäftsfeldern.
- 789 • Ausbau der open-data-Plattform und Weiterentwicklung zu einem Datenhaus
790 Schleswig-Holstein und Abbau von Datenschutzhemmnissen.
- 791 • Umsetzung der KI-Strategie mit einem Fokus auf anwendungsorientierte Projekte
792 und Bereitstellung der hierfür erforderlichen finanziellen Mittel im Sondervermö-
793 gen.
- 794 • Ausbau der Beratungs- und Unterstützungsangebote im Bereich der Cybersicher-
795 heit für unsere KMU und für kommunale Verwaltungen.
- 796 • Digitalisierung des Zugangs zur Verwaltung und Schaffung von vollständig digitalen
797 medienbruchfreien Prozessketten innerhalb der Verwaltung, u. a. durch den Ein-
798 satz von KI.
- 799 • Umsetzung des Maßnahmenbündels der Task Force zum Abbau von Digitalisie-
800 rungshemmnissen und konsequente Umsetzung des von der Landesregierung ent-
801 wickelten Digitalchecks, um Gesetze und andere Regulierungen von Beginn an digi-
802 talfreundlich zu gestalten.
- 803 • Umsetzung der GreenIT-Strategie der Landesregierung.